

Die Politik und die Katastrophe

WALTER SCHWARZ

35

Regierungen kommen, Regierungen gehen, Finanzminister kommen, Finanzminister gehen – und das nächste Hochwasser kommt bestimmt. So wie die nächste Lawine, die nächste Mure, der nächste Orkan. Gesamtschäden von 2,9 Milliarden Euro verursachte die Hochwasserkatastrophe von 2002, davon entfielen 1,2 Milliarden auf private Haushalte und Unternehmen. Der Großteil des privaten Schadens wurde über Versicherungen, Beihilfen des Bunds und der Länder sowie durch Spenden gedeckt – so wie auch bei späteren Hochwasserkatastrophen. Seit Jahren wird über neue Versicherungsmodelle nachgedacht, doch die Versicherungswirtschaft und die Politik konnten bisher auf keinen grünen Zweig kommen.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut schlägt nun eine Pflichtversicherung für gefährdete Privathaushalte vor. Gleichzeitig soll sich die öffentliche Hand aus der direkten Schadenskompensation an Private zurückziehen. Die Versicherungswirtschaft will eine Art Pflichtversicherung gegen Naturkatastrophen aller Art. Der geschädigte Bürger wäre dann nicht mehr Bittsteller beim Staat oder beim Land, sondern Partner der privaten Versicherungswirtschaft. Tendenziell wird es wohl in diese Richtung gehen. Die Solidargemeinschaft muss auf eine breitere Basis gestellt werden.

Aus der Pflicht entlassen werden kann die öffentliche Hand freilich nicht. Denn Landes- und Ortskaiser tragen ein gerüttelt Maß Schuld daran, dass viele Häuser und Betriebe in Gefahrenzonen angesiedelt wurden. Die Forderung, dass Gemeinden an einkommensschwache Haushalte Zuschüsse zur Versicherungsprämie leisten sollen, ist da nur recht und billig. Die Zeit drängt. Das nächste Hochwasser kommt bestimmt. Wahrscheinlich schneller als die nächste Regierung.